

Einzelpreis 1000 M.
Bezugspreis monatlich:
In der Geschäftsstelle 18.000 Mk. pol.
Durch Zeitungsbüros 20.000
die Post 20.000
Ausland 30.000
Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.
Telephon Nr. 6-86.
Postcheckkonto 60.689
Honorare werden nur nach vorheriger
Vereinbarung erzielt. Unterlängt ein-
gegangene Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 33.

Mittwoch, den 27. Juni 1923.

1. Jahrgang.

Vorbildlicher Minderheitenschutz in Ungarn.

Budapest, 24. Juni. Die Nummer des Amtsblattes vom 22. d. M. veröffentlicht eine Regierungsverordnung über den Schutz der Minderheiten. Darin werden in Ausführung des Friedensvertrages die Rechte der Minderheiten in liberalster Weise gewährleistet, und zwar freier Gebrauch der Muttersprache in Kirche, Schule, vor Gerichten und Behörden, sowie freies Koalitionsrecht. Diese Verordnung hat vor allem große Bedeutung für das Deutschland, das heute mit einer halben Million Köpfen die einzige größere Minderheit in Ungarn darstellt. Die Verordnung wird ergänzt durch einen der Nationalversammlung zugegangenen Gesetzentwurf, der über den Gebrauch der Sprachen der Minderheiten in der Rechtspflege Bestimmung trifft. Für diese Seite der Angelegenheit ist nämlich der Verordnungsweg nicht zulässig.

Die Presse begrüßt die Regierungsverordnung einstimmig und stellt fest, daß dadurch die Minderheiten in einem Ausmaß gesichert werden, das über die im Vertrag von Trianon übernommenen Verpflichtungen hinausgeht. „Nemzeti Ujság“ und

„Pester Lloyd“ heben hervor, daß die Verordnung keine neuen Bestimmungen im ungarischen Rechte bringt, da sie an die grundlegende Gesetzgebung vom Jahre 1868 anknüpfe. Mehrere Blätter verlangen, daß die Nachbarstaaten mit ähnlichen Verordnungen zum Ausbau eines großen Gesetzes der Humanität beitragen und den unter Fremdherrschaft gelangten nationalen Minderheiten mindestens die im Friedensvertrag vorgesehenen Rechte gewähren.

Budapest, 25. Juni. Der von dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen der Nationalversammlung vorgelegte Gesetzentwurf betreffend die Sicherung der Minoritäts-Sprachen verfügt, daß in jenen Gebieten, in welchen ein Fünftel der Bevölkerung der sprachlichen Minderheit angehört, bei allen Bezirksgerichten, Gerichten, staatlichen und städtischen Behörden und Amtmännern Personen angestellt werden müssen, die der betreffenden Minderheitssprache mächtig sind. Beamte, die sich die in Frage kommende Sprache innerhalb 2 Jahren nicht aneignen, sind zu versetzen.

Benesch und Sejda.

Wie aus Warschau mitgeteilt wird, hat der im „Ceske Slovo“, dem Organ des tschechischen Ministerpräsidenten Benesch, veröffentlichte Artikel gegen Polen (den auch wir in der gestrigen Ausgabe der „Freien Presse“ wiedergaben) im polnischen Außenministerium große Bestürzung hervorgerufen. Außenminister Sejda hat, um sich nicht auf den Text des vom „Kurier Potsd“ als Eigenmeldung abgedruckten Artikels stützen zu müssen, dem polnischen Gesandten in Prag, Herrn Barber, die Weisung gegeben, ihm einen Bericht über die Lage sowie den Originaltext des Artikels sofort zu übersenden. In Warschauer politischen Kreisen herrscht über ein derartiges Verhalten Beneschs dem Außenminister Sejda gegenüber große Verwunderung, ist doch Herr Sejda der erste polnische Außenminister, der eine große, in der vollen Bedeutung dieses Wortes tschechoslowakische Politik eingeleitet hat.

Noch keine Lösung der belgischen Kabinettsskrise.

Paris, 26. Jun. (Pat.) Wie der „Petit Parisien“ aus Brüssel erfährt, wird Thunis wahrscheinlich auf die Mission der Kabinettbildung verzichten, wenn die Meinungsverschiedenheiten in der Angelegenheit der Cister Universität länger als 48 Stunden dauern würden. In diesem Falle wäre die Auflösung des Parlaments und ein Appell an das Volk der einzige Ausweg aus der Lage.

Paris, 26. Jun. (Pat.) Die Presse stellt fest, daß die interalliierten Vereinigungen trotz der belgischen Regierungskrise weitergeführt werden. Bissher ist es jedoch zu keinerlei grundsätzlichen Aussprachen über konkrete Fragen gekommen.

Die Entwaffnung Deutschlands in Zahlen.

Berlin, 23. Jun. (T. W.) In Beantwortung der hauptsächlich von Frankreich erhobenen Vorwürfe, daß Deutschland nicht genügend entwaffnet worden sei, veröffentlicht die deutsche Presse eine zahlenmäßige Darstellung des von Deutschland an die Alliierten abgegebenen Kriegsmaterials. Aus dieser Darstellung geht hervor, daß Deutschland 5 891 015 Feuerwaffen, 62 710 Geschütze und Geschützrohre, 181 280 Maschinengewehre, 28 469 Minenwerfer, 38 750 000 Geschosse für Geschütze und Minenwerfer, 16 500 000 Granaten, 885 Minen, 457 Millionen Patronen, 17 740 Flugzeugmotoren, 14 828 Ein- und Doppeldecker an die Alliierten abgeliefert hat.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage frühmorgens
Anzeigenpreise:
Die 7-gesp. Millimeterzeile 500 Mk. pol.
Die 3-gesp. Reklame (Millim.) 2000 „
Eingeschlossene im lokalen Teile 5000 „
für Arbeitnehmende besondere Vergünstigungen. Anzeigen an Sonn- und
Feiertagen werden mit 25 Prozent be-
rechnet, Auslandsinterate 50% Zuschlag.
Bei Betriebsförderung durch höhere Ge-
walt, Arbeitsniederlegung oder Aus-
sperrung hat der Bezieher keinen An-
spruch auf Nachlieferung der Zeitung
oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Mittwoch, den 27. Juni 1923.

1. Jahrgang.

Schlechte Wize des Monsieur Poincaré.

In der großen Tragödie, welche Europa gegenwärtig durchlebt, gibt es noch treuherzige Wohlwolle. Eine von ihnen ist unzweifelhaft Herr Poincaré, dem die politische Literatur unseres Weltteils eine ganz neue Gattung von Galgenhumor zu verdanken hat.

Mit diesen Worten beginnt ein Artikel des größten Staatsmannes unserer Zeiten und Vertreters Italiens während der Friedensverhandlungen, des ehemaligen Ministerpräsidenten Francesco Nitti, den er in den Spalten des „The Manchester Guardian“ veröffentlicht hat. Wir geben diesen Artikel nachstehend in gekürzter Form wieder.

Alle Welt weiß es, — so schreibt Nitti, — wie die Ruhrbesetzung, welche heutzutage die größte Gefahr Europas bildet, von Herrn Poincaré eingeführt wurde. Zuerst hat man verkündet, man wolle lediglich Techniker und Ingenieure unter militärischer Bedeckung in die Kohlengruben entsenden, da der böse Willkürstand angeblich bewiesen war. Also eine ganz friedliche Förderung der Leistungsfähigkeit. Die „militärische Bedeckung“ wuchs aber sehr bald zu einer Besatzungsmacht an. Ständiger verdrängten die normale Gerichtsharkeit und dann kamen natürlichweise Kontributionen, Abfindungen, Todesurteile, Hinrichtungen, Pogrome. So sieht heute die von Herrn Poincaré angekündigte „friedliche Expedition“ in Wirklichkeit aus. Nun wird er aber die ganze Sache noch mit einem guten Willen, den er sich in der „Revue des Deux Mondes“ leistet. In dieser Monatschrift bespricht er mit Eifer die Frage der Dauer der Ruhrbesetzung und bemüht sich seinen Lesern einzureden, daß der einzige Grund des deutschen Zergangs über diese Besetzung darauf zurückzuführen sei, daß die Deutschen sich einbilden, diese Besetzung sei nur von ganz kurzer Dauer. Frankreich müsse daher sofort erklären, daß die Ruhrbesetzung solange dauern wird, bis alle Forderungen des Versailler Friedensvertrags voll und ganz erfüllt sein würden (mit anderen Worten: daß die Besetzung ewig dauern wird, da ja die Erfüllung dieses Hof- und Nachervertrags ein Ding der Unmöglichkeit darstellt). Nun wollen wir uns die Frage stellen, wie wäre es nach 1815 und nach 1870 mit der Wiederherstellung des Weltfriedens bestellt gewesen, wenn die Sieger von damals, die Deutschen, die von ihnen eingenommenen französischen Gebiete nicht für die Beizippanne von wenigen Monaten, sondern für eine unbestimmte Dauer, etwa für 60 oder 70 Jahre, besetzt gehalten hätten? Würde sich da auch irgend ein Spannungsfall in Deutschland finden, der die Behauptung aufstellen würde, die Franzosen wären geneigt gewesen, sich mit dem Gedanken einer solchen fremden Besetzung ganz verirrt zu machen. Am Ende hätte es gar keinen Weltkrieg in den Jahren 1914–1918 gegeben, wenn die Sieger damals „Zur Sicherung des Friedens“ so gehandelt hätten.

In denselben vorgenannten Monatsheften vom 15. November 1920 bespricht Herr Poincaré die Möglichkeit der Zulassung der Deutschen zum Völkerbunde. Er gibt zu, daß dieser Bund allerdings nichts taugt, solange die Russen, die Amerikaner, die Deutschen usw. keinen Anteil an seinen Verhandlungen und an seinen Beschlüssen haben. Er meint auch, daß „einmal“ der große Tag kommen muß, wo alle Völker zu diesem Bunde zugelassen werden müssen. Jedenfalls (?) können aber die Deutschen nur als die letzten hineinkommen. Sie kommen erst nach allen anderen, sogar nach den Türken. Auch die Deutscht. Österreicher dürfen nur unter einer Bedingung betreten: sie müssen (?) — entgegen dem feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrecht aller Völkerschaften Europas (?) — von ihrem Vorhaben, sich an das deutsche Reich anzuschließen, Abstand nehmen. Auch die übrigen bestätigten Nationen dürfen nur dann zum Völkerbunde zugelassen werden, wenn sie ihren Verpflichtungen den Siegern gegenüber voll und ganz nachkommen find.

Das Wichtigste im Blatt:

Dollar = 20,500 poln. Mark.

Vorbildlicher Minderheitenschutz in Ungarn

Bestürzung im Warschauer Außenministerium über die Ausführungen im „Ceske Slovo“.

Die Entwaffnung Deutschlands in Zahlen.

Das neue Regime in Bulgarien.

Griechenland für Besiegung der Friedensverhandlungen.

Die Amnestieverlager im Sejm.

Vertrags können die Deutschen diese Verpflichtungen nicht nachkommen. Nun dürfte man erwarten, daß Herr Poincaré die Frage aufwerfen wird, wie man das Höchstmaß der Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen muß, ehe man die zu zahlende Summe vorschreibt. Nein, das tut er nicht. Zuerst — so meint Herr Poincaré — soll man die Verpflichtungen auferlegen und dann solange den Schuldnern pressen, bis es sich auf dem praktischen Wege gelöst hat, wieviel Nutzen er von sich zu geben vermag. Ständige Kontrollkommissionen seien hier am Platze, um die ganze Frage in "richtiger Weise" wie oben geschildert zu regeln. Herr Poincaré weiß es allerdings sehr genau, daß sogar die Siegerstaaten nach dem Kriege nicht nur nicht eingebüsst, sondern dieselben auf Kosten der Besiegten sogar bedeutend gestärkt haben, am Rande des Balkanratis stehen und verzweifte Anstrengungen machen müssen, um allmählich aus der Klemme zu kommen. England geht allen anderen Ländern voran, indem es sich ganz unerhörte Lasten aufbürdet, um sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Was soll man also von dem ausgeplünderten Deutschland sagen? Ist eine Doppelbelastung dieses besieгten Landes entgegen den besser gestellten Nachbarn überhaupt denkbar? Für Herrn Poincaré offensichtlich ja. In der Nummer vom 1. Juli 1920 der "Revue des Deux Mondes" ringt er die Hände über das „unausstehliche Widerstreit“ der Lage Frankreichs nach dem Kriege; sollen denn die siegreichen Franzosen wirklich trotz des errungenen Sieges noch weiter die schweren Steuerlasten der letzten paar Jahre tragen? Nein, das ist unbearbar! Der Franzose soll und wird in seinem siegreichen Vaterlande von nun an bedeutend weniger zahlen. Dafür ist er doch Sieger.

Den Gipfel des naiven Humors erreicht aber Herr Poincaré, indem er allen Ernstes die Behauptung aussetzt, Frankreich habe durch den Krieg ein gar nichts gewonnen, höchstens gar keine Rente. Elsass-Lothringen? Aber Elsass-Lothringen ist doch eine urfranzösische Provinz, also ein Eigentum, welches erst recht spät zu seinem rechtmäßigen Eigentümer zurückgekehrt ist. Die Kolonien von Kamerun und Togo? Aber aller Welt ist es ja bekannt, daß diese Kolonien einen bedeutend geringeren Wert haben, als diejenigen, welche sich die Engländer angesehen haben. Das Saargebiet? Ja, das kann am Ende nach dem Plebisitz uns Franzosen noch verloren gehen, da auf 700 000 Deutsche nur 100 Einwohner französischen Stammes dort sind. Syrien? Wen ist denn nicht bekannt, daß dieses Land schon seit sehr langen Jahren förmlich nach Frankreich schwackte. Nein, das alles kann man doch nicht "Rente" nennen. Der Deutsche hat für den Franzosen Steuern zu zahlen.

Die Welt erhebt — so mein Herr Poincaré — ein ganz unmäßiges Geschrei darüber, daß Frankreich in die zivilisierten Segnungen Europas horden von schwarz-rot-kannibalen entsendet, die in ihren Urwäldern noch gestern alle möglichen Schandtaten und Gewalttätigkeiten als selbstverständliche Beschäftigung ausübten. Man jetztet darüber, daß die Löhnung eines schwarzen Unteroffiziers das Gehalt eines Ministers des deutschen Reiches um das Doppelte und Dreifache übersteigt. Herr Poincaré hat diese Sache im Parlament in humorvoller Weise aufgelöst: Er verkündete laut, daß Frankreich gerade dadurch ein glänzendes Zeugnis von der Gleichberechtigung aller Völkerstaaten und Rassen des Erdalls ablege, daß es die Schwarzen den zivilisierten Europäern gleichstelle. Es sei nur niemals zu vergessen, daß allein die Entitäten unter den lehren eine Ausnahme bilden, da ihre Handlungsweise sich eben als barbarisch erwiesen hat.

Nichts weniger als humoristisch wirkt noch ein Auftritt des Herrn Poincaré, den er sich im Dezember 1922 und im Januar 1923 während der letzten Kongresse in London und in Paris geleistet hat. Als Lloyd George den leisen Verdacht ansprechen wogte, daß das strategische Vorlieben der Franzosen in das Herz Deutschlands angesetzten ähnlich sei, da protestierte Herr Präsident Poincaré offiziell mit folgenden Worten:

"Es gibt und es gab auch in Frankreich niemals einen einzigen französischen Bürger, — von verantwortlichen Ministern und Politikern gar nicht zu sprechen, — der die einmal einen einzigen Menschen auf der Straße, der die letzte Spur des Gedankens einer territorialen Annexionsdeutschland Gebiete hegte!"

Nun lesen wir aber in dem Material, das Feldmarschall Foch 1919 zum Versailler Kongress eigenhändig bearbeitet, den Kuren Vorwurf, unbedingt den Rhein zur östlichen Grenze zwischen Frankreich und Deutschland zu machen. Doch abr ist doch sicherlich ein französischer Bürger? Auch ein verantwortlicher Minister der französischen Republik, der ebenfalls zu den Bürgern Frankreichs gezählt werden dürfte, Herr Darbois, hat am 12. März 1919 in seinem offiziellen Memorandum "im wohlverstandenen Interesse des allgemeinen Friedens" verlangt, daß die westliche Grenze Deutschlands an den Rhein verlegt werde.

Ich — so schreibt Ritti — hatte Gelegenheit, ganze Stöße von militärischen französischen Berichten zu lesen. In allen diesen Berichten dieser unzweifelhaften Bürger Frankreichs wird ohne Ausnahme die Notwendigkeit der Angliederung des Saargebietes, die Loslösung des Rheinlandes von Deutschland und eine langjährige Okkupation des Ruhrgebietes gefordert. Auch über die französische Staatsangehörigkeit des Herrn Albert Darbois besteht keine Zweifel bestehen, eines Gymnasiats und zur Zeit Vorsitzenden der Finanzkommission des Pariser Parla-

Die Amnestievorlage im Sejm.

Plenarsitzung vom 26. Juni.

Abg. Bittner erhielt im Namen der Rechtskommission Bericht über das von der Kommission ange nommene

Amnestiegesetz.

Nedner zählt die politischen Gründe auf, die die Abschaffung gewisser Kategorien von Verbrechen von der Amnestie veranlassen. So wurden also alle Spione und Verräter die sich mit fremden Staaten verständigten, um Gebieteile der Republik loszureißen, von der Amnestie ausgeschlossen. Die internationale Lage und die Lage Polens im besonderen ist nicht darant, daß man alle aus den Gefängnissen entlassen könnte, ohne sich der Gefahr innerer und äußerer Zusammenstöße auszusetzen. Deshalb habe die Kommission den Antrag der Abg. Biedermann und Bodhorst für eine Erweiterung der Amnestie in dieser Richtung, nicht berücksichtigt.

Weiter könne die Amnestie keine aus nationalen Anlässen begangene, doch mit allgemeinen Vergehen verbundene Verbrechen umfassen wie: Tötung, schwere Körperverletzung, Gesundheitsschädigung, Vergehen gegen fremdes Eigentum, in größerer Ausdehnung oder unter besonders gefährlichen Umständen. So die Sabotage- und Terrorakte im östlichen Einpolen, nicht auf dem Schlachtfelde, sondern der schrecklichen Zivilbeleidigung gegenüber. Maßnahmen davon hat die Kommission im 5. Artikel niedergelegt.

Hinsichtlich der im Auslande befindlichen Verbrecher, die ein Staatsverbrechen begangen haben, hat die Kommission es nicht für möglich gehalten, ohne Anwendung des Rechts der Begnadigung durch den Präsidenten der Republik in jedem Einzelfalle, Amnestie zu gewähren. Es handelt sich hier um Menschen die wegen ihrer gefährlichen Tätigkeit bekannt sind und deren Rückkehr die inneren Kämpfe noch mehr verschärft würden.

Verbrechen aus ideellen Anlässen können nach Meinung der Kommission verziehen werden, wenn sie politischen, religiösen, sozialen und sozialwirtschaftlichen Anlässen entsprungen sind. Sie hat jedoch die Kommissionen völlig ausgeschlossen, denen gegenüber Polen den Grundzak der Gerechtigkeit anwenden kann.

Die Kommission hat sich von zwei Gesichtspunkten leiten lassen:

1. Der Kommunismus, als von an fortschrittlicher Paralyse leidenden Menschen verbreitete Theorie, bedroht in seiner gegenwärtigen Form die Grundlagen der Befreiung und der Menschlichkeit und steht im Gegensatz zu den Grundsätzen der Humanität. Es ist eine Theorie unzuschlagsfähiger Menschen, die jedoch durch ihren Fanatismus auf die Gemüter der beschränkten Menge einwirken und es zu tragischen Unruhen kommen lassen können.

2. Jegliches Nachgeben den Kommunisten gegenüber macht diese nur immer frecher, als Beweis dafür dient, was nach dem Gesetz vom Austausch der Häflinge geschah und uns lehrt Endes geschah hat. Dobroński hat die Freiheit erlangt, Budkiewicz wurde ermordet und Bischof Tyski befindet sich hinter Mauern. Unter solchen Umständen kann nur die gründliche Aufrichtung dieses schädlichen Untertauns die Befreiung vor einer Katastrophe bewahren und diejenigen besiegen, die Judas verherrlichen. Deshalb hat die Kommission den Antrag Biedermanns, falsche Informationen über fremde Staaten von der Amnestie auszunehmen, abgelehnt.

Die Kommission hat in hohem Maße die Amnestie Vergehen militärischen Charakters

mentis. Dieser Politiker unterbreite am 28. Mai 1922 einen vollständigen Plan der etappenweisen Annexion zuerst des Saargebietes, dann des Rheinkreises und auch der Ruhrbesetzung.

Nun ist auch die Haltung des Herrn Poincaré am 9. Dezember 1922 auf der Londoner Konferenz für alle verständlich. Er war es, der ganz kategorisch gegen die Herauslösung der Reparationssumme wenn nicht auf 30 oder 40, so doch wenigstens auf 50 Milliarden Goldmark protest erhob, obwohl es damals klar hervieseln würde, daß keine einzige der siegreichen Großmächte auch nicht einmal die Hälfte dieser Summe zu bezahlen imstande wäre, ohne dem ganzen Land zu verfallen.

Nun ist es auch ganz klar, warum im vorigen Jahre Herr Barthou jegliche Diskussionen ablehnte, als Lloyd George die Frage angeschritten hatte, zu welchem Zwecke Frankreich nach dem Weltkriege als einziger Staat eine bedeutend größere Armee unter den Waffen hatte als vor dem Kriege. Der Wibbold Poincaré hat am 2. Januar 1923 dafür eine Erklärung gegeben: es sei nur eine Vorsichtsmaßregel gegen die deutsche Uebermacht. Die Deutschen produzierten in der letzten Zeit bedeutend mehr Stückstoffe, als sie es vor dem Kriege getan hätten. Sie planten einen Gasenkrieg. — Nun weiß es aber die ganze Welt, daß das deutsche Volk dem Hungerlohe nahe ist, mit der Energie der Verbrennung den Boden Deutschlands verunreinigt besonders starke Düngemittel zu erhöhte Ertragbarkeit zu zwingen versucht. Es ist bekanntlich der verzweifte Kampf mit dem Hunger gespielt, der den Deutschen zu erhöhter Produktion von Stückstoff treibt.

Letzterfalls aber sind es irgend welche strategischen Überlegungen.

gegenüber angewandt. Ausgenommen wurde nur die Desertion und der fälschliche Angriff auf Polen gesegnet.

Die Kommission hat die Amnestie bei gewöhnlichen Vergehen erweitert. Ausgenommen wurden nur Rückfällige und notorische Verbrecher.

Die Kommission hat den Antrag des Abg. Liebermann betreffend Schenkung der Disziplinarstrafen für Dienstvergehen abgelehnt; desgleichen auch den Antrag des Abg. Hartiglos betreffend Schenkung der Strafen für Vergehen die auf Erhöhung der Preise abzielen, oder andere die mit Kriegswucher verbunden sind. Abgelehnt wurde auch der Antrag des Abg. Podhorst, wonach Verfälle von Requisitionen durch ehemalige Mitglieder der ukrainischen Armee nicht dem Raub und Überfällen zählen sollten.

Abg. Liebermann: In der Amnestie gibt es Punkte, die gestrichen werden sollten. Der eigentliche Zweck der Amnestie anlässlich der Festsetzung der östlichen Grenzen Polens, ist der Bau einer Brücke zum einträglichen Zusammenleben des polnischen Volkes mit den Minderheiten in den Randgebieten. Deshalb wird der Wert der Amnestie durch die Tatsache bedeutend verminderd, daß die politische Tätigkeit der Vertreter der nationalen Minderheiten von ihr ausgenommen wurde. Ich beantrage daß im 6. Artikel gestrichen wird: "Tätigkeit zum Schaden des Staates im Einvernehmen mit einem fremden Staat, wenn sie aus völkischen Ansäßen hervorgeht."

Abg. Szembilo beruft eine Reihe von rechtlichen Beispielen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Podhorst: Das Amnestiegesetz schließt die um ihre Freiheit kämpfenden Ukrainer aus und macht ihnen die Rückkehr unmöglich. Redner verlangt die Streichung des entsprechenden Passus im 6. Artikel.

Abg. Taraszewicz erklärt, die Amnestie zeige kein Vergehen, sondern sei ein hochstes Gedanken aller Vergehen, die mit dem Kampfe Polens um seine östlichen Grenzen in Verbindung stehen. Für die Wehrkreise gebe es in diesem Entwurf keine Amnestie. Wir bitten nicht um Gnade, sondern um Vergehen im Interesse beider Seiten.

Um mit werden die Beratungen unterbrochen.

Nächste Sitzung heute, Mittwoch.

Kommissionsberatung über das Mieterschutzgesetz.

Warschau, 26. Juni. (Kat.) Die Rechtskommission des Sejms beriet über das Mieterschutzgesetz. In der Diskussion erklärten sich alle Redner gegen den polnischen Bloty als Grundlage zur Berechnung der Miete. Es wurde beschlossen den Abschnitt über die Höhe der Miete beim Unterausschuß zu überweisen. Der Unterausschuß wird sich an die Regierung wegen Zustellung der nötigen Angaben über die Höhe der Arbeiter und Angestellten wenden. Auch wurde beschlossen sich an die Finanzkommission mit der Bitte zu wenden, fünf Mitglieder der Kommission in den Unterausschuß abzulegen, zur gemeinsamen Beratung, wo der polnische Bloty, vor dessen Einführung als polnische Währung, im Mieterschutzgesetz angewandt werden kann.

Die einzigen tödbringenden Sätze, welche auf Deutschlands Boden heutzutage in gefährlichster Weise den Interessen des Friedens wider produziert werden, das sind in Wirklichkeit die ersten Sätze des Bloty des Kaiserreichs, wenn Herr Poincaré auch behauptet, daß in Deutschland Stückstoff gegen die französischen Luftschiffe präpariert werde.

Es sind traurige Worte, verhängnisvolle Worte, die sich Herr Poincaré leistet.

Der Kampf gegen den Devisenwucher in Deutschland.

Berlin, 24. Juni. (Kat.) Der Reichskanzler Dr. Gehrond wandte sich an die Regierungen der Bundesstaaten mit der Aufforderung den Devisenhandel zu bekämpfen. Der Reichswirtschaftsminister hat bereits eine Denkschrift in Sachen der Stabilisierung der Mark ausgearbeitet.

Berlin, 24. Juni. (Kat.) Infolge der Verordnungen über die Einschränkung des Devisenhandels wurden viele Bankhäuser geschlossen.

Bombenanschlag auf eine Münchener Sozialistenzeitung.

München, 26. Juni (A. W.) Auf die Rebellen der sozialistischen "Vollstimme" ist ein Anschlag verübt worden. Durch die Bombenexplosion wurde die Druckerei zerstört, so daß nur Trümmerhaufen übrig blieben. Auch sind bedeutende Papiervorräte ein Raub der Flammen geworden. In den umliegenden Gebäuden wurden sämtliche Scheiben zertrümmert. Menschenopfer sind

nicht zu beklagen. Das Allentat trägt einen politischen Charakter, was sich auch aus der Tatsache ergibt, daß in der Sekrete des Blaues bereits vorher Sabotageakte festgestellt wurden. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Ungeduld in Lausanne.

Wien, 26. Juni (Pat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus London, daß der langsame Verlauf der Verhandlungen in Lausanne den Wünschen der englischen Regierung nicht entspricht. Die englischen Vertreter wollen Lausanne nicht verlassen ohne positive Ergebnisse erzielt zu haben und erwarten seit einigen Tagen die Möglichkeit, Frankreich und Italien zu veranlassen, zusammen mit England, mit der Türkei einen Friedensvertrag zu schließen und die Verhandlungen über die Angelegenheit der osmanischen Schulden sowie andere Finanzfragen für später zurückzustellen.

Lausanne, 26. Juni (Pat.) Venizelos stattete gestern dem General Vellei einen Besuch ab. Wie die schweizerische Telegraphen-Agentur erfährt, wies Venizelos darauf hin, daß Griechenland die Verhandlungen und den Friedensabschluß mit der Türkei nach Möglichkeit beschleunigen wolle, um seine Truppe reduzieren und allgemeine Wahlen ausschreiben zu können. General Vellei gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Friede in nächster Zeit werde unterzeichnet werden können.

Bolschewistische Truppenzusammenziehung in Buchara.

Keine Abtrennung englischen Kolonialbesitzes an Amerika.

Paris, 26. Juni (Pat.) Die „Chicago Tribune“ berichtet aus London, daß der Staatssekretär für auwärtige Angelegenheiten Mac Neill in Beantwortung einer Anfrage im Parlament erklärt habe, er habe Berichte über Truppenzusammenziehungen der Roten Armee in Buchara und an der Grenze Afghanistan erhalten.

Auf eine andere Anfrage erwiderte Ministerpräsident Baldwin, daß die Regierung nicht befürchte, ihren westindischen Kolonialbesitz den Vereinigten Staaten zur Bezahlung der Kriegsschulden abzutreten.

Kurze telegraphische Meldungen.

Der nationale Verband der deutschen Offiziere richtete an den Reichskanzler eine Schreiben, in dem er ihn zur Fortsetzung des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet auffordert.

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahm, ist in Begleitung des Abg. Färber nach Genf abgereist.

Die bekannte deutsche Kommunistenführerin Klara Zettlin, die noch vor kurzem an den Begehrungen der internationalen kommunistischen Exekutive in Moskau teilnahm, ist gestorben.

Lokales.

Bob, den 27. Juni 1923.

Missions- und Posaurenfest in Babianice. Uns wird geschrieben: Am 28. und 29. Juni wird in Babianice ein Missionsfest gefeiert werden, welches am Donnerstag, den 28. Juni abends um 7 Uhr mit der Vorfeier, die in der Kirche stattfindet wird, eingeleitet werden soll. Am Freitag, dem Hauptfesttage, wird der Hauptfestgottesdienst um 10 Uhr früh im Garten des

Bücher sind gute Gesellwaiser. Wer in einem Zimmer eintritt, in dem sich Bücher befinden, den scheinen sie zu den grünen und ihm zu sagen, daß etwas von ihnen entzündet und ihm zu brennen wird, daß ihm nichts sein kann, und daß sie nichts dessen möchten, als es ihm mitzutun. Deßhalb hältst die Bücher in Ehren und versuchst, den besten Gebrauch von ihnen zu machen.“ Gladstone.

Ueber den Ozean.

Roman von Erich Ebenstein.

Nachdruck verboten.

Erstes Kapitel.

Frau Dr. Hellkreut war schon zum drittenmal aus der Küche fortgelaufen, um an der Gartentür Strauß und ab zu spähen, ob denn ihr Mann heute gar nicht von seinen Krankenbesuchen heimkäme, um endlich das Mittagessen zu nehmen.

Aber die staubige Landstraße lag still und einsam im grellen Schein der Nachmittagssonne und kein Dr. Hellkreut ließ sich blicken.

Frau Marianne begann ernstlich unruhig zu werden. Es gab doch jetzt gar nicht so viel Kranke im Dorf Losenstein. Wo blieb Bernhard? Hatte man ihn vielleicht vom Dorf weg nach einer entfernten Ortschaft gerufen? Aber in solchen Fällen schickte er ihr doch gewöhnlich einen Boten, damit sie nicht mit dem Essen auf ihn warte.

„Es würde ihm doch kein Unfall mit dem Rad passiert sein?“

Endlich sah sie vom Dorf her, das nur wenige Minuten entfernt lag, den jungen Adlerwirt kommen. Vielleicht wußte der etwas.

„Lieber Herr Gruber, wissen Sie nicht, wo mein Mann ist?“ sprach sie ihn an. „Es geht schon auf halb drei und er ist noch immer nicht zum Mittagessen gekommen!“



bip. Die Tapezierer, denen eine 40prozentige Lohn erhöhung für Gesellen und eine 55prozentige für Lehrlinge bewilligt wurde, nahmen die Arbeit wieder auf.

bip. Den Stickern wurde eine 40prozentige Lohnzulage bewilligt und diese nahmen nach über dreiwöchigem Streik die Arbeit wieder auf.

bip. Wenn Kinder mit Feuer spielen. Die Georgiana 39 bei ihren Eltern wohnende 8jährige Elsbeth Alter bantete so unvorsichtig am Nachbar, daß ihr Kleid Feuer fing. Herzblütiges Nachbar löschte zwar die brennenden Kleider, doch muhte das Kind, welches ernste Brandwunden an den Schultern und an der Brust davontrug, in das Anna-Maria-Spital gebracht werden.

bip. Zwecks Beilegung des Haushälterstreiks wurde eine außerordentliche Schiedskommission ins Leben gerufen, der als Vorsitzender Arbeitsinspektor Bojcievicz, von Seiten des Innenministeriums Regierungskommissar Jazycki und von Seiten des Justizministeriums Herr Konic angehören. Der Einberufungstermin dieser Kommission wird vom Arbeitsinspektor noch vorliegender Bekanntigung mit den übrigen Kommissionsmitgliedern festgesetzt werden.

bip. Der Fachverband der Hauswärter wandte sich an den Fachverband der Haushälter mit dem Vorschlag, in wirtschaftlichen Fragen gemeinsam vorzugehen, worauf der letzte auch einging.

bip. Erhöhung der Stempelsteuer. Am 1. Juli 1923 tritt die Verordnung des Finanzministers vom 14. Juni 1923 (Dz. Ust Nr. 61, Pos. 452) in Kraft, wonach die bisherigen Stempelgebühren für Gesucht, Beilagen, amtliche Zeugnisse, Vollmachten, Ausfuhrdokumente und Geburtsurkunden sowie die in Artikel 8 des Gesetzes vom 24. März 1923 (Dz. Ust Nr. 44, Pos. 295) vorgesehenen ständigen Stempelgebühren um das Doppelte erhöht werden. Die Stempelgebühren für Schiede und Spielarten bleiben unverändert.

bip. Wo der Buckel steckt. Auf eine vertrauliche Mitteilung hin, daß der Besitzer des Ladens Mileza 83, Mendel Benet, Buckel zu Spezialzwecken aufbewahre, ließ das Referat zur Bekämpfung des Buckels eine Haussuchung bei ihm vornehmen. In der Kammer wurden unter den Kohlen verdeckt zweieinhalb Säcke bereits vollständig ungelebt geworbenen Buckels und im Ofen unter der Asche eine große Schachtel Socharin vorgefunden. Buckel und Süßstoff wurden eingezogen.

bip. Warum die Zigaretten fehlen. Das Referat zur Bekämpfung des Buckels stellte fest, daß in vielen Tabakträgern sich nur geringe Vorräte an Tabakwaren befinden, weshalb es in den Lagern des Verbundes der Tabakgroßhändler (Polubniowa 10) eine Haussuchung vornahm, wobei ungeheure Vorräte von Zigaretten, angefangen von den feinsten bis zu den geringsten, vorgefunden wurden, die das Referat zur Bekämpfung des Buckels an die einzelnen Ladenbesitzer verteilt.

bip. Feststellungsvorversuch. Gegen den Besitzer des Ladens Waschnia 14, Sael Müller, wurde wegen Nichtentrichtmachens der Preise und Mangels an Rechnungen ein Protokoll aufgenommen. An dem gleichen Tage erschien in der Privatzimmer des Politisten Sautlewicz, der das Protokoll aufgenommen hatte, ein gewisser Winko Duniel (Gouvernatorstrasse 42) und bot ihm zunächst 50 000 dann 100 000 M. Feststellungsgeld an, damit er das Protokoll vernichte. Statt einer Antwort führte ihn der Polizist auf das Polizeikommissariat. Müller wurde mit 7 Tagen beurlaubungloser Haft und 1 Million Mark bestraft, während Duniel wegen Feststellungsvorversuchs dem Staatsanwalt überreichen wurde.

Menschenalter lang dort zulammengetragen hatte. Da er krank, vereinsamt, allein mit seiner Schwester Ulrike, der er, wie man sagt, nicht einmal sehr grün war, lebte, hatte sich sein Alter doch recht traurig gestaltet. Ob es ihn nicht jetzt manchmal doch reute, daß er den einzigen Sohn durch sein schroffes Vorgehen von sich getrieben hatte, so daß man nun nicht einmal wußte, ob er noch lebte oder irgendwo in einem fremden Erdteil längst gestorben war?

Was würde mit Losenegg geschehen, wenn Graf Andreas stirbe? Komtesse Ulrike war doch auch schon nahe an den achtzig ...

Frau Marianne Gedanken wurden unterbrochen durch Hufschlag, der sie überraschend ließ. Ihr Gesicht wurde plötzlich hell und sonnig. Ein Reiter kam im Galopp vom Dorf her.

Jung und feurig war er, mit sonnigen, blauen Augen und lockigem Blondhaar, ein strahlendes Lächeln um den feingeschnittenen Mund.

„Jung Siegfried!“ dachte Frau Marianne, ihm wohlgefällig zulächelnd. Dicht vor ihr parierte er sein Ross und schwang sich aus dem Sattel.

„Gott zum Gruß, meine Gräßtige! Was macht heute der Kopfschmerz?“

„Sagt, wie wegblasen, lieber Baron!“ lachte sie verschmitzt. „Es tat Ihnen wohl schrecklich leid, daß Sie gestern abend, als ich mich früher zu Bett legte, nur mit meinem Mann und Serena vorlieb nehmen mußten? Und Sie kommen gewiß ausschließlich darum, um sich nach meinem Befinden zu erkundigen?“

Der junge Mann errötete. Dann aber lachte auch er verschmitzt.

„Gewiß, auch darum! Aber dann wollte ich mich nebenbei auch ein wenig erkundigen, wie Fräulein Serena geschlafen hat?“

Fortsetzung folgt.

Für Eltern schulpflichtiger Kinder.

V bis zum 30. Juni	finden in die Schulen Rechtsprechungen betreffend das Nichterscheinen der Kinder zur Eintragung in die Schullisten einzubringen.
Am 1. Juli	Abbildung der Schullisten und Uebergabe derselben an die Schulbehörde.
Vom 1. bis 15. Juli	Vernehmung der Eltern derjenigen Kinder, die sich ohne Rechtsprechung zur Aufnahme in die Schullisten nicht gestellt haben.
Vom 15. Juli ab	Einleitung von Strafverfahren gegen die der Zurückhaltung ihrer Kinder von der Aufnahme in die Schullisten Schulbigen.

Städtische Kinderfürsorge. Die Schöffen der Magistratsabteilung Frau D. Kłuszyńska besichtigte dieser Tage die Kinderheilskolonie des Magistrats in Radla. Die Leitung dieser Kolonie liegt in guten Händen. Leider ist die herrschende Kälte und der Mangel an Sonnenchein auf den Gesundheitszustand der Kinder einen ungünstigen Einfluss aus. In Witowice bei Krakau sind 40 an der ägyptischen Augenkrankheit leidende Kinder aus Radla untergebracht. Der Gesundheitszustand der Kinder bessert sich. In der Erziehungsanstalt in Łagiewniki bei Krakau hat die Abteilung für soziale Fürsorge 6 städtisch gefallene Mädchen untergebracht, von denen das jüngste kaum 13 Jahre alt ist. Einige von den Mädchen werden in nächster Zeit geheilt die Anstalt verlassen können.

bip. Mit Rücksicht darauf, daß bei den in die Heilskolonien entstandenen Kindern eine bedeutende Verschlimmerung des Gesundheitszustandes festgestellt wurde, wird die Zahl der Kinder in den einzelnen Gruppen von 60 auf 45 abgesetzt und der Aufenthalt derselben von 4 auf 6 Wochen verlängert werden müssen. Es werden daher in diesem Jahre statt der vorangegangenen 4 Partien nur 3 in die Heilskolonien gesandt werden können.

bip. Am Montag findet die Eröffnung der Halbkolonie für Kinder im Poniatowski Park statt, in der 2000 Kinder Aufnahme finden werden, von denen 1500 Kinder auf Kosten des Magistrats und 500 Kinder auf Kosten der Krankenkasse versorgt werden. Die Kinder werden in Gruppen zu je 2000 Kindern für 4 Wochen zu 8 Stunden täglich in die Halbkolonie entsandt.

bip. Das Lodzer Volksschulwesen. Für das kommende Schuljahr werden voraussichtlich an den polnischen Volksschulen 884, an den jüdischen 897 und an den christlichen 150 Abteilungen bestehen. Im Zusammenhang damit erzielt die Notwendigkeit, 90 neue Abteilungen zu eröffnen. Auf der auf Grund einer im Jahre 1919 vorgenommenen Kinderzählung geführten Statistik betrug die Zahl der im Jahre 1918 geborenen Kinder 5201, während die diesjährige Zählung eine Zahl von 8383 Kindern ergab. Dieser bedeutende Unterschied ist auf den Zuzug von Rückwanderern sowie von Arbeitern zurückzuführen.

bip. Ausstellung von Schülerinnenaarbeiten der Mädchenoberrealschule. Die vor drei Jahren in Lodz eröffnete Gewerbeschule für Mädchen veranstaltet im Museum für Kunst und Wissenschaft eine Ausstellung, die Tapisse, Stoffe, Teppiche und Zeichnungen umfaßt. Die Ausstellung zeigt von dem großen Fortschritt, den die Schule in verhältnismäßig kurzer Zeit gemacht hat. Den Wert der Ausstellungsgegenstände beweist die Tatsache, daß im Laufe der ersten fünf Tage nahezu alle angekauft wurden. Durch besonders hohen Wert zeichnen sich einige Zeichnungen aus dem Gebiet der Geschichte und der Kunstschrift und einige Bauernstapete aus.

bip. Der Vorrat der Bloischausbons erhöht. Gestern abend erhielt die Finanzkammer vom Ministerium die Nachricht, daß der Vorrat der Bloischausbons erhöht ist und der Verkauf derselben in den fiskalischen Kassen und in der Polnischen Landesdarlehenskasse einzustellen ist.

Eine neue gewaltige Steigerung des Papierpreises. Ein Waggons Zeitungsdruktpapier, das bis zum 8. Juni 32 Millionen Mark kostet, kostet gegenwärtig 60 Millionen Mark; der Preis hat sich beinahe verdoppelt. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, welche gewaltige Belastung des Zeitungsgewerbes diese Preiserhöhung darstellt, — eine Belastung, die die Verleger und die Verlagsgesellschaften nur tragen können, wenn wenigstens ein Teil der ungeheuren Mehrkosten durch die Abonnement- und Verkaufseinnahmen gedeckt wird. Eine neue Erhöhung der Bezug- und Verkaufspreise wird sich nicht umgehen lassen. Bei der Festlegung der neuen Preise soll mit der größten Mäßigung vorgefahren und das Interesse des Zeitungslösers in weitefergehender Weise berücksichtigt werden.

Soweit hat es also die Regierung mit ihrer Begünstigung der Appelle der Papiererzeuger durch die verlehrte Zollpolitik gebracht! Dieses verkehrt Verfahren beginnt jedoch aber schon zu rächen, und zwar auch an der „Hyäne“. Denn wie z. B. die „Rzeczpospolita“ neben allen anderen polnischen Blättern mitteilt, wird vom 1. Juli ab der Bezug eines Exemplars dieser Zeitung 38 000 M. monatlich kosten. Die jüdischen Blätter kosten jetzt schon 1500 und

2000 M. für die Nummer. Das zweite Lodzer jüdische Blatt hat auf die Nachricht von der abermaligen, fast 100prozentigen Preiserhöhung des Papiers hin ihr Exemplaren eingestellt.

Ein großes Sterben geht durch den Blätterwald in Polen . . .

Der Verkehr mit Danzig wird nicht eingeschränkt! Die Absicht, eine Verordnung zur Einschränkung der Ausreise nach Danzig herauszugeben, wurde mit Rücksicht auf die technischen Schwierigkeiten, deren Überwindung längere Zeit in Anspruch nehmen würde, vorläufig fallen gelassen.

pap. Für Amerikareisende. Wie wir erfahren, wurde das Verfahren zur Erlangung eines amerikanischen Visums zur Ausreise nach den Vereinigten Staaten in folgender Weise geändert: 1. Dem Gesuch um die Erteilung des Visums, das vom Auswanderer in einem eingeschriebenen Brief dem Konsulat der Vereinigten Staaten in Warschau zugesandt werden muß, ist, nachdem der Postausstellungsbrief und ein mit der Aufschrift und den nötigen Postmerkensymbolen versehener Briefumschlag beigelegt sind, 2. Auslandspässe nach den Vereinigten Staaten, deren Gültigkeitsfrist abgelaufen ist, können in den Starostien, ohne besondere Erlaubnis des Auswanderungsamtes, verlängert werden, falls die Besitzer der Pässe Eintrittskarten zum amerikanischen Konsulat besitzen. 3. Rückwanderer können für die Rückreise nach Amerika in den Starostien für ihre alten Pässe neue erhalten, falls sie gleichfalls Eintrittskarten zum amerikanischen Konsulat besitzen. Vorerst müssen diese Personen ein Gesuch an den Konsul einreichen, in dem ausdrücklich angegeben ist, daß sie Rückwanderer sind. Außerdem müssen im Gesuch die Nummer, der Tag und der Ort der Ausstellung des Passes durch den polnischen Konsul in Amerika angegeben sein. Die Anschrift des amerikanischen Konsulats lautet: Warsaw, Jasna 11. Ein Muster für das Gesuch ist in dem staatlichen Amt für Arbeitsvermittlung und Auswandererfürsorge, ul. Kościuszki 9, zu erhalten.

bip. Die Fristverlängerung der Aufenthaltschein (karty pobytu), deren Gültigkeit am 30. Juni abläuft, wird nur für diejenigen Personen erfolgen, die ein entsprechendes Gesuch um die Überlassung der polnischen Staatsangehörigkeit eingereicht haben. Personen, die solche Gesuche nicht einreichten, müssen Auslandspässe ihres Heimatstaates vorlegen; über ihr Aufenthaltsrecht in Polen wird im Sinne der verpflichtenden Vorschriften entschieden werden.

Aufstand eines Schlafwagens. Die Direktion der staatlichen Eisenbahnen in Warschau gibt bekannt, daß, infolge des geringen Zuspruchs, der dem Personenzug Nr. 516/15 auf der Linie Lodz-Krakau beigegebene Schlafwagen, der Lodz (Kalischer Bahnhof) um 8 Uhr abends verläßt und in Krakau um 5 32 Uhr früh eintrifft und auf der Rückfahrt mit dem Personenzug 16/15, der Krakau um 10.05 Uhr abends verläßt und in Lodz (Kal. Bahnhof) um 6 50 Uhr früh eintrifft, vom 1. Juli ab aus dem Verkehr gezogen wird. Zum letzten Mal wird der Schlafwagen von Lodz am 28. Juni und von Krakau am 30. Juni abgehen.

Die Bekämpfung der Krebskrankheit in Polen. Nach den letzten statistischen Feststellungen beträgt, wie aus Warschau gemeldet wird, die Zahl der von der Krebskrankheit befallenen Personen 50 000. Sie wird aber vermutlich erheblich höher sein. Dieser Tage fand nun in Warschau in Gegenwart eines Delegierten des Ministeriums für Gesundheitspflege eine Sitzung des Komitees zur Bekämpfung des Krebses statt. Aus dem Bericht über die Tätigkeit des Komitees ist zu entnehmen, daß trotz der sehr geringen Mittel, die dem Komitee zur Verfügung stehen, es dennoch in mancher Beziehung eine nützliche Tätigkeit entfaltet hat. Dank der Mitarbeit ausgezeichnete Spezialisten konnte das Komitee Hunderten von Personen kranklos beihilfe gewähren. Außerdem ist eine Reihe belehrender Bücher betreffs der Krankheit erschienen.

Der Absender in Briesen. In der Oeffentlichkeit ist bereits wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es erforderlich ist, den Absender auf der Rückseite des Briefumschlages zu vermerken, um der Post eine Rücksendung des Briefes im Falle der Unbefriedigbarkeit zu ermöglichen. Trotzdem gibt es immer noch Briefschreiber genug, die sich an diese Mahnung nicht lehnen. Allein auch die äußerliche Sichtbarmachung der Absenderadresse ist nicht immer ausreichend. Gar mancher wird selbst die Adresse seiner Freunde oder Freundinnen nicht notiert oder im Gedächtnis haben. Wenn er also den allein mit dem Absender versehenen Umschlag verlegt oder aus Unachtlosigkeit in den Papierkorb wandern läßt, sieht er sich in die peinliche Lage verkehrt, den Brief nicht beantragen zu können. Dies kann zu unerwünschten Neuerungen führen, gar zu Verwirrungen und Veranlassung geben. Wiederum Freundschaften oder zarte Verbindungen mögen aus diesem Grunde nicht schon in die Brüche gegangen sein? Ganz besonders aber im geschäftlichen Leben können solche Vorommisse recht unangenehme Folgen haben. Darum sollte jeder Briefschreiber darauf achten, daß seine volle Adresse stets auch aus dem Brief selbst zu erkennen ist. Ort und Datum werden wohl im Briefkopfe allgemein angegeben. Es ist also nur eine Kleinigkeit, auch Straße und Hausnummer oder Postanstalt und Kreis darunter zu schreiben.

bip. **Folgeschwerer Schornsteinbruch.** An der Ecke der Rokicka und Przemyslawiastraße stürzte der Schornstein des dort befindlichen Hauses ein und fiel auf die Arbeiter Union Dzierżawski (Winiętka 23), der dadurch schwer verletzt wurde. Er wurde in das Poznański Spital gebracht.

pap. Ein lieber Sohn. Der Wschodnia 4 wohnte Chaim Jachet, meldete der Polizei, daß ihm sein Sohn Abram 6 Stück Ware, einen Herrenmantel und verschiedene andere Sachen deren Wert insgesamt 17 Millionen M. beträgt, gekauft habe und damit gelohnt sein.

bip. Lebersmüd. Die 28jährige Wladyslawa Bojnowska nahm in der Marszałka 15 in selbstmörderischer Absicht Gift zu sich. Ein Arzt der Rettungsbereitschaft erzielte ihr die erste Hilfe.

bip. Der Storch auf der Straße. Die Rokicka 52 wohnte 25jährige Joanna Schlag wurde in der Emilien-Straße von Geburtswehen befallen und mußte vom Wagen der Unfallrettungsbereitschaft in ihre Wohnung gebracht werden. Ein Findling im Torweg des Hauses Nauklowiego 31 wurde ein Kind männlichen Geschlechts gefunden. Das Kind wurde in das Findlingsheim in der Twardowskastraße gebracht.

pap. Der Konstantiner 33 wohnte Chaim Gruber wurde dabei festgenommen, wie er in einem Hause auf dem Platz Wolności ein Kind weiblichen Geschlechts auszusetzen versuchte. Die Polizei ist bemüht festzustellen, ob Gruber der Vater des Kindes, daß er aussehen wollte, ist oder nur das Werkzeug einer entarteten Mutter.

pap. Das umgangene Alkoholverbot. Während einer im Bereich des 5. Polizeikommissariats durchgeführten Gathausrevision wurden wegen Nichteinhaltung des Gesetzes über die Einschränkung des Alkoholhandels zur Verantwortung gezeigt: Wacław Małowski (Restaurant des „Hotel Polski“), Friedrich Lukas (Restaurant und Hotel „Lukas“, Cegielska 5), Eleonore Kaczmarska („Biały Bar“, Konstantyn 5).

Diebstahl. In der Nacht vom Montag zum Dienstag drangen bisher unermittelte Diebe in das Reisebüro „Orbis“, Petrasauer 11 ein, sprengten die Kasse und stahlen 28 Millionen Mark.

pap. Sieben Tage Haft für einen leichtfertigen Hundbesitzer. Der Kawabata 49 wohnte Wolf Hildebrandt wurde auf Grund der Verordnung des Regierungskommissariats vom 6. d. M. mit 7 Tagen bedingungsloser Haft und 10 000 Mark bestraft, da er seinen Hund ohne Maulkorb auf die Straße gelassen hatte.

Spenden.

Uns ist nachstehende Spende zur Weitergabe übermittelt worden, für die wir den Spendern im Namen der Bedachten herzlich danken.

Für das evang. Waisenhaus: An Stelle eines Krans auf das Grab der Frau Laura Elenbram von E. F. 50 000 M. Mit dem bisherigen 1 455 450 M.

Sport.

Lodz spielt in Warschau.

Polonia — Union 3:2 (2:1).

Neuer dieses Spiel schreibt der „Kurjer Polski“: Das schwere, oft sogar rohe Spiel konnte nicht gefallen. „Polonia“ ohne Grabowski in der Verbindung mit der Stürmerreihe: Bulanow, Emchowicz, Malinowski, Hamburger und Swierzyński konnte keine erfolgreichen Vorfälle machen, da sie von den ausgezeichneten Lodzern vereitelt wurden. Beide bestanden abgesehen von ihren Vorfällen als Läufer, viel Begeisterung und Siegeswillen. Doch ist ihr Spiel „wild“, ungenau, und oft im höchsten Grade brutal. „Polonia“ stand in dieser Beziehung der „Union“ nicht nach, namentlich taten sich die im Spiel schrecklich „rohen“ Brüder Bulanow, Smiech und zum Teil auch Gebelner hervor.

Im allgemeinen hatte die Warschauer Mannschaft das Übergewicht, daher entspricht auch das Ergebnis dem Kräftehaltnis der Gegner. Zu Gunsten der Sieger schossen Tore: Emchowicz, Malinowski und Hamburger und zu Gunsten der Gäste Gebelner (Eigentor) und Fächer — keine Verbindung.

Infolge eines Zusammenstoßes mit der rechten Verbindung erhielt der Spieler der „Polonia“ Gajewski einen Schädelbruch. Allgemeine Aufmerksamkeit erregte das schöne Spiel des Tormannes Lott, dessen Ausfälle und Sicherheit beim Abfangen des Balles ganz seiner Art entsprechen. Dagegen war der Tormann der „Union“ recht unsicher.

Das Ergebnis des Automobilraids auf einer Sitzung des polnischen Automobilclubs am 28. d. M. verlas der Kommandeur des Automobilraids Oberst Gaugrassl die amtliche Entscheidung der Sportkommission über die Ergebnisse des legtens stattgefundenen Raids:

Ohne Strafpunkte kamen an: Austro-Daimler Nr. 1, gelenkt von Ing. Liefeld, und Praga-Grand Nr. 4, gelenkt von Siruel. Mit Strafpunkten kamen die eingeladenen Wagen in nachstehender Reihenfolge an: 1. Dodge Nr. 10 mit 5 Punkten, 2. Austro-Daimler Nr. 3 mit 5 Punkten, 3. Minerva Nr. 18 mit 10 Punkten, 4. Austro-Daimler Nr. 2 mit 18 Punkten, 5. Fiat Nr. 19 mit 20 Punkten, 6. Stoewer Nr. 6 mit 62 Punkten, 7. Protos Nr. 13 mit 154 Punkten, 8. Ago Nr. 20 mit 225 Punkten.

Disqualifiziert wurde der Wagen Overland Nr. 16. Was die Wagen Dodge Nr. 11, Fiat Nr. 15 und Ford Nr. 12 betrifft, die vom Kriegaministerium gesetzt wurden, so hat der polnische Automobilclub eine Qualifizierung dieser Kraftwagen abgelehnt.

Die Preise wurden wie folgt verteilt: Den Preis der Sportkommission des polnischen Automobilclubs erhielt für die beste Fahrt Ing. Liefeld mit seinem Austro-Daimler Nr. 1. Den gleichwertigen Preis der Firma Phos für die im allgemeinen beste Fahrt erhielt Siruel mit dem Praga-Grand. Den Preis der 3. Abteilung des Generalstabs für die Leiter der Militärkraftwagen erwarb sich Oberleutnant Mrassl. Der Preis der Rebaktion „Auto“ für die größte Geschwindigkeit fiel Oberleutnant Mrassl auf dem Dodge zu. Der der Sportkommission zur Verfügung gestellte Preis des „Kurjer Czerwony“ wurde Ing. Liefeld verliehen. Den Preis des Ing. Sattler erhielt Grabowski auf Fiat Nr. 8 und den gleichwertigen Preis der Sportkommission Kaplinski auf Fiat Nr. 19.

L. K. S. — „Warszawianka“ 2:1 (0:0).

Am Sonntag weilte die vielgewartete „Warszawianka“ in Lódź, um mit unserem Meister ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Da der Guest die 2. Stelle in Warschau behauptet, erwartete man ein recht schönes Spiel. Doch enttäuschten die Gäste allgemein. Aber auch L. K. S. hauptsächlich die Stürmerreihe, spielte diesmal schwach: in der Läuferreihe fehlte der lebhafte Otto. In der ersten Halbzeit war das Spiel offen: zahlreiche lustige Possitionen wurden von den Gegnern nicht ausgenutzt. L. K. S. hatte mehrere Gelegenheiten, das erste Tor zu treten, doch fehlte Müller, welcher, nebenbei gesagt, noch der beste in der Stürmerreihe war, wiederholte mehrere schwache Schüsse. Durka sang der Tormann der Gäste mit Leichtigkeit auf. Die „Warszawianka“ kam seltener vor das gegnerische Tor; doch waren ihre Angriffe viel gefährlicher und die Verteidigung der Roten (L. K. S.) hatte Mühe, sie abzuweisen. Mit 0:0 ging es in die Halbzeit.

Die zweite Halbzeit war bedeutend interessanter als die erste: L. K. S. war oft im Angriff; und da die Stürmerreihe kein Tor erzielen konnte, versuchten dies die Läufer, welche mehr Glück hatten, denn in der 72. Minute konnte der rechte Läufer Hanke durch wunderbaren Schuß das erste Tor für die Seinen treten, welches er in der nächsten Minute das zweite folgen ließ (Freistoß verwundet). Die Niederlage vor Augen, versuchten die Gäste mit allen Mitteln das Ehrentor zu treten, was auch ihrem Halbrechten gelang, der einen vom Linksaufen gestoppten und von Fischer schwach parierten Ball, verwandelte. Nach einigen ernsten Momenten vor dem Tore L. K. S., welche aber von Komalczyk, der diesmal besser als Czyl spielte, verhindert wurden, und das Spiel nahm bei 2:1 für L. K. S. sein Ende.

Schiedsrichter war Herr T. Komalić, welcher gut „Schiedsrichtern“ kann, aber nicht wollte.

Sport- und Turnverein I. — K. S. Raniów I. 0:0.

Der Sport- und Turnverein ohne Ahl und Uhmann kennt, ohne Schön, welcher der beste Spieler derselben ist. Die „Raniower“ bewiesen durch dieses Spiel, daß sie auch für unsere „A“ Mannschaften einen ebenbürtigen Gegner darstellen: denn obiges Resultat entspricht ganz und gar dem Verlaufe des Spieles. Der Sport- und Turnverein welchen sein Gegner ebenfalls geringfügig, sparte diesmal, außer der Halbzeit, sehr erfahren, die Stürmer konnten keinen einzigen einheitlichen Angriff durchführen und die Verteidigung, in der Regel sehr unsicher spielte, gab den Schwarzen (K) oft Gelegenheit, ein Tor zu treten, doch Pilic im Tore griff immer zur rechten Zeit ein. Während in der ersten Halbzeit „Raniów“ überlegen war, gehörte die zweite unstrittbar den „Turnern“, welche aber durch das äußerst schwache Spiel ihrer Flügel nichts erzielen konnten. Mit unterschieden brach Herr A. Dietzel, welcher diesmal eine leichte Aufgabe hatte, da beide Mannschaften fair spielten, das Spiel ab.

Fußballspiel im Reiche. Am Sonnabend fanden in Lemberg Fußballweltspiele zwischen der Warschauer „Legia“ und der Lemberger „Pogon“ statt, die mit einem Sieg der letzten im Verhältnis 4:0 (3:0) endeten. Das Revanchspiel am Sonntag endigte mit einem Sieg der Legia im Verhältnis 5:2 (3:1). Die Pogon trat in ihrem besten Bestande an mit dem bekannten Stürmertrio Bacik, Rucharczyk und Garbicz. Von der „Legia“ zeichnete sich der Zentrumshälfte Solier, der Zentrumsfürmer Mielech, der Verteidiger Bujak und der Tormann Klimowics aus. Für die „Legia“ schossen Tore: Krassowski 3, Mielech 1 und Modlakowitsch 2.

Posen. Die Fußballweltspiele in Posen zwischen der „Poznanie“ und dem 28. Schützenregiment in Szadzia hatten das Ergebnis 5:2 (3:1). „Pogon“ I. siegte gegen „Unia“ II. mit 4:1 (1:0).

In dem Wettkampf auf der Rennbahn von Longchamps um den großen Preis von Paris kam als erster Tschech, als zweiter Chelmek und als dritter Le Capucin aus Biel.

Vereine und Versammlungen.

Christlicher Commissverein z. g. II., Posta 10. Am vergangenen Donnerstag hielt Herr Sigmund Hayn seinen Vortrag über „Psychologie“ fort, womit die allgemeinen Tellerrungen beendet sind. Die nächsten Vorträge sollen die nötige Fortsetzung in die einzelnen Abteilungen dieser Wissenschaft bringen. Diesen Donnerstag (28. VI.) wird Herr Otto Edgel über „Geschichte der deutschen Ansiedlungen im Auslande“ sprechen, wozu Freunde der Geschichte freundlich eingeladen sind; Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

pap. Neuer Verein. Am 23. Juni fand eine Versammlung der Konditoreiangestellten statt, auf der einmütig beschlossen wurde, eine „Sektion der Konditoreiangestellten“ zu begründen, die dem Zentralverband der Konditoreiangestellten in Warschau unterstellt sein wird. Diese Sektion wird jeden Donnerstag ihre Situngen abhalten.

Aus dem Reiche.

Das Kesselstreichen gegen deutsche Redakteure. Vergeltung für 1903? — Dort Funksystem — hier Demokratie?

Herr Th. J. Berke berichtet uns über die nachstehende Verhandlung gegen den Hauptredakteur der „Deutschen Rundschau“ in Bromberg, Herrn Gotthold Starke:

Unter dem Vorfig des Richters Brominska verhandelte am Sonnabend das Bromberger Bezirksgericht gegen den Schriftleiter der „Deutschen Rundschau“ Herrn Gotthold Starke in Angelegenheit des Artikels vom 21. November 1922: „Ausweisung einer Reichsdeutschen aus Pommern“. Das Erscheinen dieser Lokalnachricht hatte bereits dem dafür verantwortlichen Redakteur Karl Bendisch vor demselben Gericht eine Strafe von 9 Monaten Gefängnis eingebracht. In dieser Verhandlung der Klage der Starost von Graudenz Osowski den Hauptredakteur Starke wegen Beleidigung und Verleumdung der Staatseinrichtungen in Person des Starosten von Graudenz. Dies diente der Gerichtsverhandlung als Grundlage. Der Prozeßraum war dicht gefüllt. Unter dem Publikum waren eine größere Anzahl politischer Führer und Seimbahgeordneter des Deutschen aus allen Teilen Polens zu bemerken. Sogar Berichterstatter großer Ausländischer Zeitungen hatten sich eingefunden.

Als Zeuge trat der Wojewode von Pommern Breski (Mitglied der Nationalen Polnischen Arbeiterpartei) auf. Zeuge schiberte in sehr ausführlicher Weise einen Presseprozeß, der im Jahre 1903 unter preußischer Herrschaft gegen ihn stattfand. Er wurde damals Hauptredakteur der „Gazeta Torunia“ zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, abgesehen von der Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs, der 3 Monate Gefängnis erhielt.

Zwischenruf des Bezirksrichters: „So war die deutsche Praxis!“

Auf die Bitte des Richters hin erläuterte der Zeuge gewissermaßen als Sachverständiger (!) die Arbeitsteilung in einer Redaktion, und zwar vorwiegend die in seiner Redaktion, der „Gazeta Torunia“, gebräuchliche, doch ist nicht zu vergessen, daß zwischen der Arbeitsteilung in einem kleinen Blatte gar kein Vergleich ist mit derjenigen der Redaktion der „Bromberger Rundschau“, die 25 000 Bezieher zählt, auf welche Tatsache der Angeklagte aufmerksam machte. Als der Angeklagte einige schwierige Fragen an den Zeugen richtete, erinnerte sich derselbe möglich, daß er zur Gerichtsverhandlung nicht als Sachverständiger sondern als Zeuge geladen worden sei und verzögerte die Beantwortung der Fragen. Der Zeuge ist der Meinung, daß wenn er damals als Hauptredakteur zusammen mit dem verantwortlichen Redakteur verurteilt worden sei, dies jetzt mit dem Hauptredakteur Starke ebenfalls der Fall sein möchte, weshalb er in der seinerzeit stattgefundenen Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur Bendisch den Antrag gestellt habe, nicht allein den für diesen Teil verantwortlichen Redakteur, sondern auch den Hauptredakteur wegen Beleidigung gemäß § 186 zur Verantwortung zu ziehen.

Eine große Rolle spielte in diesem Prozeß die Angelegenheit der Ausweisung von deutschen Bürgern aus Pommern. Der Zeuge Wojewode Breski, erläutert hierzu, daß es zwei Arten der Ausweisung gebe: Ausweisungen, die von der Zentralbehörde rein zahlmäßig bestimmt werden, und in diesem Falle sucht er sich diejenigen Personen heraus, die ihm passen, und um Ausweisungen, die in seiner Kompetenz liegen, und ohne Anweisung des Ministers unter dem Vermerk „Zärtige Ausländer“ vorgenommen werden können. Dies sei bei der Ausweisung von Fr. Heyl, von der im infrage stehenden Artikel die Rede war, der Fall gewesen. Somit müsse der im Artikel gebrauchte Ausdruck „Willkür“ als Beleidigung des Wojewoden und des Starosten aufgefaßt werden.

Richter: „Das, was die Deutschen getan haben, tun jetzt auch wir!“

Der Wojewode spricht während der Weiterverhandlung oftmals sozwischen, ohne dazu aufgefordert zu werden. Als Angeklagter Redakteur Starke ihm zum Schluss seiner Ausführungen die Frage stellte: „Haben Sie das Urteil aus dem Jahre 1903 für gerecht empfunden?“ verbot sich der Bezirksrichter in schroffer Weise eine derartige Frage.

Als der Rechtsanwalt des Angeklagten sich an den Wojewoden mit der Frage wendet, wie die einzelnen Momente der Ausweisung gewesen wären, antwortet statt des Gefragten der Richter, die Sache wäre ohne Belang, und „mit solchen Dummheiten befassen wir uns nicht.“

Die Verteidiger verlangen die Vorladung des ehemaligen Innenministers Kamienksi als Zeugen und die Durchsicht der entsprechenden Ausweisungsakten, was nach einer kurzen Beratung des Gerichtshofes abgelehnt wird.

Als nächster Zeuge wird der Starost von Graudenz verhört, der erklärt, daß Fr. Heyl, Hauslehrerin bei Herrn v. Koerber, einem Polenfunde, gewesen sei. Herr v. Koerber sei Führer im Deutschenbund, der „Verbindung von staatsfeindlichen Deutschen“ (!). Von dem infrage stehenden Lokalartikel habe er erst bei der Verhandlung gegen Redakteur Bendisch erfahren.

Nun entwickelt sich folgendes hochinteressante Zwiespältige:

Richter: „Ich stütze die Anklage auf § 186: Beleidigung der Behörden.“

Angeklagter: „Ich habe bisher keine schriftliche Anklage bekommen.“

Richter: „Ich stelle Sie somit jetzt unter Anklage wegen Beleidigung.“

Angeklagter: „Dann stelle ich jetzt fest, daß die Anwendung des § 186 bereits nach drei Monaten verjährt ist.“

Richter: „Ich bringe Ihnen zur Kenntnis, daß Ihnen Bestrafung laut § 186 dennoch droht.“

Der Staatsanwalt führt seine Anklage nur auf § 181 des Strafgesetzbuches, in dem es heißt: Beleidigung von Staatseinrichtungen, und beantragt 3 Monate Gefängnis, mit Rücksicht darauf, daß Angeklagter bis jetzt noch nicht bestraft worden war.

In seinem „letzten Wort“ legt der Angeklagte in deutscher Sprache seinen Standpunkt dem polnischen Staat gegenüber. Ungeachtet dessen, daß er Deutscher sei, am Deutschen festhalte und für das Deutche mit seiner Kraft kämpfen gewillt sei, sei er doch seiner Pflichten als polnischer Staatsbürger und Hauptredakteur eines verbreiteten Blattes bewußt. Angeklagter macht darauf aufmerksam, daß er selbst das ungerechte Vorgehen der preußischen und polnischen Regierung verneinte, aber von den Richtern einer demokratischen Republik erwartete, daß sie nicht in die gleichen Fußstapfen treten.

Nun zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis und Bezahlung sämtlicher Gerichtskosten. Das Urteil stützt sich auf die §§ 185 und 186 des ehemals preußischen Strafgesetzbuches, die auf Beleidigung, in dieem Falle bei Wojewoden von Pommern und des Starosten von Graudenz, lauten, sowie auf § 47, der besagt, daß, wenn mehrere Personen eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, jeder als Täter bestraft wird.

Wir sehen also, daß der § 181, auf den die Anklage des Staatsanwalts fußte, ganz fallen gelassen wurde, da gegen obige Paragraphen angewandt wurden. Auch die Einwendungen des Angeklagten und seiner Verteidiger, daß eine Beleidigung bereits nach 3 Monaten, der zur Last gelegte Artikel selbst nach 6 Monaten (somit am 21. Mai) verjährt sei, fanden kein Gehör. Der Angeklagte wurde auf freien Fuß belassen. Er legte gegen das Urteil Revision ein.

Von der Strafkammer des Bromberger Landgerichts wurden bekanntlich nach zweitägiger Verhandlung am 29. März d. J. der ehemalige Hauptredakteur der „Deutschen Rundschau“, Richard Conig, und der Schriftleiter derselben Zeitung, Johannes Kruse, wegen Vergehens aus den §§ 181 und 186 des Strafgesetzbuches zu 1½ Jahren bzw. 9 Monaten Gefängnis verurteilt. In sechs Artikeln, die im Juli, August und Dezember 1921 in der „Rundschau“ erschienen waren, erklärte die Anklagebehörde eine wissentliche Beleidigung von Staatseinrichtungen, Beleidigung und Verleumdung und holt daran die Anklage aufgebaut. Gegen dieses Urteil wurde Revision eingereicht, und das Polnische Appellationsgericht kam in seiner Beratung zu folgendem Beschluss:

„In vier Fällen wird die Strafsache zur nochmaligen Verhandlung zurückgewiesen. Bezuglich des Artikels „Sowjetunion“ wird der Angeklagte freigesprochen. Das Verfahren auf Grund des § 186 (Beleidigung) wird wegen Zutreffung des diesbezüglichen Antrages eingestellt.“

pap. Konstantinow. Die Feuerwehr beging am Sonntag das Jahresfest ihres 20-jährigen Bestehens. Die Feier wurde durch Soldaten eines Regiments aus dem Feuerwehrhaus veranstaltet. Nachmittags fand im „Belvedere“ Park ein Fest statt.

Warschau. Kaiserlicher Selbstmord. Am Donnerstag früh um 5 Uhr vergiftete sich in der Fredra Straße 8 in dem vom Beamten des Außenministeriums Jan Krajinski bewohnten Zimmer des dem Grafen Ed. Krajinski gehörenden Schlosses die 21-jährige, außerordentlich schöne Tochter eines Warschauer Industriellen Frau Aniela Sołłowska. Niemals erklärte der an der Unglücksstätte erschienenen Polizei, daß die Dame sich auf der Treppe vergiftet habe, gestand jedoch, ins Kreuzverhör genommen, ein, daß sie sich in der Wohnung vergiftet und daß er die Leiche auf die Treppe geschleift habe, um dem Grafen Krajinski keine Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Aus aller Welt.

Fliedertod. Der Flieder Casale, der den Höchstrekord in Frankreich erreichte, starb mit seinem Apparat ab und erlitt den Tod auf der Stelle. Sein Begleiter wurde schwer verwundet.

Die Türkei ebenfalls „trocken“ gelegt. Aus London wird gemeldet: Die Einführung alkoholischer Getränke ist jetzt für die europäische und asiatische Türkei verboten.

Geflüchtete „blinde Passagiere“. In dem aus Havanna in einem amerikanischen Hafen eingetroffenen Dampfer „Santa Theresa“ wurden von neun in den Kohlenbunkern versteckten blinden Passagieren fünf erschossen.

Das deutsche Porzellangeld verboten. Da das Deutsche Reich die weitere Herstellung von Notgeld in jeder Form unterlädt hat, hat auch die sächsische Regierung die weitere Herstellung des Porzellangeldes verboten. — Glas-Notgeld einzuführen plant man in Böhmen. Die Herstellungskosten würden niedrig sein.

Der Überbrowning. Wie aus Newark berichtet wird, hat John Browning, der Erfinder der nach ihm benannten Waffe, eine Kanone erfunden, die in der Minute 120 Schüsse abgeben kann. — Womit der Weltfriede endgültig gesichert sein dürfte!

Handel und Volkswirtschaft. Die Verhandlungen mit den Lodzer Industriellen.

Die im Finanzministerium mit den Lodzer Industriellen geführten Unterhandlungen haben zu keiner Einigung geführt. Die Industriellen wissen nach, dass 90 Prozent der Produktion zur Befriedigung des Inlandsbedarfs dienen müssen, während nur 10 Prozent zur Ausfuhr verbleiben. Die Vergrößerung der Ausfuhr würde eine Vergrößerung der Gesamtproduktion und einen ungeheuren Kostenaufwand verlangen. Schon jetzt arbeitet ein bedeutender Teil der Fabriken die ganze Woche in drei Schichten. Die Ausfuhr kann man also vorläufig nicht steigern. Hingegen erklären die Industriellen, dass sie bemüht sein werden, ihren Bedarf an Devisen möglichst selbst zu decken und sich nur im äußersten Notfall an die Devisenkommision zu wenden.

Die Unterhandlungen wurden vorläufig vertagt. Dem Finanzministerium werden von den Industriellen ziffermässige Angaben gemacht, und in nächster Zeit die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Bisher hat das Finanzministerium nun beschlossen, die Diskontokredite für Lodz entsprechend dem Wertrückgang der Mark zu erhöhen.

bip. Der Wollhandel in Polen. Im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen im Wirtschaftsleben haben sich mehrere ausländische Wollfirmen an ihre Agenten und Vertreter in Polen mit der Mitteilung gewandt, dass Transaktionen nur dann abgeschlossen werden dürfen, wenn die Ware im voraus bezahlt wird. Diese Firmen behaupten, dass sie, solange die unsichere politische und wirtschaftliche Lage Polens andauert, keine Transaktionen auf Ziel abschliessen könnten. Nur eine geringe Zahl von Lodzer Firmen wird eine Ausnahme von dieser Regel bilden. Diese Erklärung erschwert der Lodzer Industrie die Erlangung von Rohstoffen ungemein. Bezeichnend ist, dass einige Waggons Wolle, die hier angekommen waren, wieder ab-

rollen mussten, und zwar nicht nur infolge der unsicherer Lage als auch deshalb, weil sie sich trotz der Valutaschwankungen im Vergleich zum Pfund Sterling sich im Auslande unter günstigeren Bedingungen verkaufen lässt.

pap. Die Regierungskredite. Wie wir erfahren, setzte das Ministerium für Industrie und Handel alle Kreditkommissionen davon in Kenntnis, dass die Kredite für Unterstützungen und Darlehen erschöpft sind. Da die in der Zeit vom 1. März rückgezahlten Darlehen zur Auszahlung der von der Hauptkommission am 1. März zuerkannten Kredite ausreichen, werden diese Darlehen unter der Bedingung, dass sie nur zu den vereinbarten Zwecken verwendet werden sollen, ausgeföhrt werden.

Deutsch-Polnischer Handelsverkehr. Das in Moskau im Jahre 1878 gegründete Handelshaus L. E. Metz u. Co., das in St. Petersburg, Wilna und Lodz Filialen unterhielt, und dessen Annoncen-Expedition seit 20 Jahren in Warschau (Marszałkowska 130) mit bestem Erfolg den Verkehr zwischen den Handelsfirmen und der Presse vermittelte, hat jetzt eine eigene Niederlassung in Berlin, Wallstraße 84, eröffnet, die ausschliesslich den Zweck verfolgt, die Handelsbeziehungen zwischen dem Westen und dem Osten in richtige Bahnen zu leiten und den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Polen zu beleben. Zu diesem Zweck ist der Berliner Zentrale eine Warenverkehrsabteilung für Import-Export, Agentur und Kommission angegliedert worden, die Hand in Hand mit dem Warschauer Hause dem polnischen Kaufmann und Industriellen die Möglichkeit geben soll, seine Waren aus erster Hand billig einzukaufen, beziehungsweise polnische Exportartikel im Auslande vorteilhaftest zu verwerten.

Die jahrzehntelangen freundschaftlichen Beziehungen zur Handelswelt und Presse in Deutschland, Frankreich, England und Amerika ermöglichen es ihr, den jeweiligen besten Lieferanten resp. Abnehmer für jeden Artikel zu finden.

Warschauer Börse.

Millionówka
Goldanleihe

Warschau, 26. Juni.
1725

	zuladen.
Dollars	9 500
Kanadische Dolars	96500
Beische Franks	5265
Engl. Pfund	458900
Tschechische Kronen	2935
Franz. Franks	6155
Deutsche Mark	—

Schecks.

Belgien	5265
Berlin	0.81
Danzig	0.81
London	458900
New-York	99500
Paris	6155
Prag	2985
Schweiz	17810
Wien	140
Italien	—

Zürich, 26. Juni (Pat) — Anfangsnotierungen
Berlin 0.0048 Holland 219.60, New-York 560.50, London
258.5, Paris 34.60, Mailand 24.80, Prag 16.76, Budapest
0.02.25, Belgrad 6.35, Sofia 6.10, Warschau 0.0057, Wien
0.0078, Bukarest 2.90

Aktien.

(Notiert in Tausenden.)

Diskontobank	420.410	Handel und Industriebank	23-25.19.5
Lemberger Industriebank	210.305-285	Arbeitergenossenschaftsbank	155
Potashwerke	550.533-575	Puls	380.390-385
Chodorow	280.340-350	Czestochowa	1750.1675
Firley	95.98.100-4	Miechow	200-180.190
335.375	Lilpop	Orlitz	105-105
50-46.75	Rohn	Zielinski	125.133
255-2	Em.	Ursus	250.270
34	1875-125.127.5	Zieliewski	510.525
34	Gostowice	Borkowski	95.75-79.5 ohne Coupon
34	Holzges.	Jabłkowsky	26.5-24-25
34	25.23.23	Spissz.	Elektrizitätsages.
34	Cegielski	77.66-71	575-615.600
34	Modrzewoj	Lenartowicz	25.22.25
34	300-325	Ostrowiecer-Werke	Poleal 20,
34	Ostrowiecer-Werke	610.505.600	Sila i Szwiatko
34	5.60	380-320	130.115
34	Stachowice	Handelsbank	650-685.645
34	370.322.5.340	Kreditbank	85.107
34	Pocisk	Westbank	700.720-700
34	Landw. Verein	ohne	—
34	25.25	Kleinpolnische Bank	21
34	Kijewski	185-180.182	Wildt
34	180.175	32.30.31	375.360.370
34	Zyrardow	1800-14000	Gostowice
34	180.175	Zawiercie	15000
34	Schiffsgesell.	240-220-240	Hartwig
34	31.27-27.5	Lazy	54.5
34	2.Em.	29.5.25.25	Naphtha
34	29.5.25	180.160	60.63
34	Felpol	Elektrizitätsages.	315.325-340
34	29.30	Trzcinica	63.71.5
34	Leder und Gerbereien	Polnische Elektrizitätsages.	55.57.55

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Hauptredakteur
Adolf Kargel. — Druck und Verlag: „Libertas“ Ver-
lagsgesellschaft m. b. o. Verlagsdirektor, Dr. E. v. Behrens.

100 Kreissägenblätter

Erfles — Reinschieder fabrikat
Prima Ciegelguss-Stahl

600 mm
700 mm
800 mm
900 mm
1000 mm

Blaattendurchmesser

gleichfert und geschränkt, normal gezähnt, äußerst preiswert, verzollt ab Danzig zu verkaufen.

Maschinenhaus Osten, ERWIN KLEWER, Danzig, Weidengasse 35-38.

Kirchengeläutverein „Contate“

veranstaltet am Freitag, d. 29. Juni, in Radogoszcz im Wäldchen des Herrn Ernst Lange, Langumek, Haltestelle Radogoszcz ein

großes Gartenfest

Im Programm sind vorgesehen: Gesang, Musik, lebende Bilder, Stern- und Floreschielen, Post. Der Garten ist ab 1 Uhr nachmittags geöffnet und am Abend elektrisch beleuchtet.

Im Falle ungünstiger Witterung wird das Gartenfest verlegt und der Tag noch besonders bekannt gegeben.

Der Festausschuss.

Dr. med. Roschaner

Haut-, Geschlechts- und Barnsteen Behandlung mit fünfzig Höhnenzonne. 1681

Dzielnia - Straße 9

Empf. v. 8-10%, u. 4-8.

Dr. med. 1708

Edmund Eckert

Haut-, Harn- u. Geschlecht. Sprecht. v. 12-2 u. 5-8.

Damen 4-6 Uhr nachm.

Kliniki-Straße 127

das 3. Haus v. d. Glawna.

Dr. med.

I. Weinberg

gew. Arzt in Davos (Schweiz) und Nervi (Italien). Innere, spez. Herz- u. Lungenkrankheiten, empfängt von 1½-2½ und von 6-7.

Ziegelstr. 47. 1810

Dr. med. J. Leyberg

Haut- und Geschlechtskrankheiten.

Strugutstr. 5, Tel. 773.

Bürgelgelehr.

Empf. von 12-2; 5-7;

für Damen 7-8.

Dr. med.

Langbard

Zwadzka 10. Haut- u. Gesichtsleid. Sprechst. v. 9-11 u. 14-15.

Dr. med.

Ludwig Falk

Spezialarzt für Hauto. und Geschlechtskrankheiten mit fünfzig Höhnenzonne.

vom 6-7 1654

Naurostr. Nr. 7.

Achtung!!!

Senden Sie Ihre Adresse durch

die Post an R. Kindermann,

Lodz, Naurostr. 51 (Eingang

Juliusstr. 23) u. verlang Sie

Unterhaltung. Fach-Zeitschriften,

Modenhäuser und Bücher,

dieselben werden am Ende

ins Haus zugestellt und nach

der Provinz durch die Post

SANDALEN

Zakopane Pantoffel

Damen-Herrn-Kinderchu

Wäsche — Strümpfe

Große Auswahl

Billige Preise 14.19

K. Petersilige

93 Piotrkowska 93

Busettense

</div